

# Inhaltsverzeichnis

<i>Teil 1</i>	
<b>Einführung</b>	21
<i>Teil 2</i>	
<b>Die Funktion des Sozialisierungsartikels in der Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes</b>	24
A. Die Fortgeltung des Art. 15 GG .....	25
I. Ausgangsüberlegungen .....	25
II. Dogmatische Grundlage für den möglichen Geltungsverlust des Art. 15 GG .....	26
1. Geltungsverlust durch Fristablauf .....	27
2. Geltungsverlust durch Zweckerreichung .....	27
3. Geltungsverlust durch Änderung normbegleitender Umstände .....	28
a) Die „Normativität des Faktischen“ .....	30
b) Die Figur der „clausula rebus sic stantibus“ .....	31
c) Das Recht als Ordnungsfaktor .....	33
d) Normintegraler Ansatz .....	35
aa) Herleitung .....	35
bb) Anwendbarkeit im Verfassungsrecht .....	37
e) Zwischenergebnis .....	41
4. Geltungsverlust durch Nichtausübung .....	41
a) Die Figur der sog. desuetudo .....	41
b) Anwendbarkeit der desuetudo im Verfassungsrecht .....	42
c) Zwischenergebnis .....	44
III. Ergebnis .....	45
B. Art. 15 GG als Ermächtigungsnorm .....	46
I. Der Wortlaut der Norm als Ausgangspunkt .....	46
II. Verfassungsauftrag zur Vergesellschaftung? .....	49
III. Der Begriff der Vergesellschaftung .....	51
1. Der Wortlaut des Art. 15 GG .....	52
2. Synonyme Verwendung und Abgrenzung .....	53
3. Vergesellschaftung im historischen Kontext .....	54
a) Der Ursprung des Vergesellschaftungsgedankens .....	55
b) Die Rezeption durch das Grundgesetz .....	57

aa) Die Vorgängerregelung in der WRV .....	57
bb) Die politische Ausgangslage .....	60
cc) Die Entstehung des Art. 15 GG .....	64
c) Zusammenfassung .....	70
4. Das Verhältnis zur Enteignung .....	71
a) Historische Einordnung .....	72
b) Systematische Positionierung .....	73
c) Schrankensystematik der Eigentumsgarantie .....	74
d) Schlussfolgerungen .....	78
C. Art. 15 GG als Grundrecht? .....	79
I. Art. 15 GG als Freiheitsrecht? .....	80
1. Mögliche Herleitung .....	80
2. Keine „Sozialisierungsvermeidungsnorm“ .....	82
II. Art. 15 GG als Leistungs- und Teilhaberecht? .....	83
1. Mögliche Herleitung .....	84
2. Kein grundrechtliches Teilhabe- bzw. Leistungsrecht .....	85
III. Art. 15 GG als wirtschaftsbezogenes Teilnahmerecht? .....	87
1. Das demokratisierende Element des Art. 15 GG .....	87
2. Kein Teilnahmerecht im klassischen Sinne .....	88
3. Teilnahmerecht sui generis? .....	89
IV. Ergebnis .....	91
D. Der wirtschaftsverfassungsrechtliche Kontext .....	92
I. Das GG als wirtschaftspolitisch neutrale Verfassung? .....	93
1. Das Investitionshilfe-Urteil als Ausgangspunkt .....	93
a) Zentraler Aussagegehalt .....	94
b) Ausdrückliches rechtliches Bekenntnis zur Marktwirtschaft? .....	95
2. Abkehr von der Neutralitätsthese .....	98
II. Die Soziale Marktwirtschaft im Grundgesetz .....	99
1. Soziale Marktwirtschaft im volkswirtschaftlichen Sinne .....	99
a) Die „Marktwirtschaft“ als zentrales Element .....	99
b) Die „Soziale“ Marktwirtschaft .....	101
aa) Ordoliberalismus als Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft .....	101
bb) Die Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft .....	102
cc) Schwächen des Begriffs .....	104
c) Zusammenfassung .....	105
2. Die verfassungsrechtliche Verankerung .....	106
a) Negativabgrenzung zur Planwirtschaft .....	106
aa) Formelle Einwände .....	106
bb) Materielle Einwände .....	108
b) Positive Entscheidungsmerkmale .....	110
aa) Grundrechtlicher Schutz des Markts und Wettbewerbs .....	110
bb) Schutz des Privateigentums .....	112

cc) Ergänzende Freiheitsgewährleistungen .....	114
dd) Grenzen der Einschränkbarkeit .....	115
ee) Das Gebot der „Sozialen“ Marktwirtschaft in der Verfassung	118
ff) Zwischenfazit .....	121
III. Art. 15 GG im Kontext der Sozialen Marktwirtschaft .....	123
1. Der Sozialisierungsartikel als Kontrapunkt? .....	124
2. Beachtung bei der Auslegung der Norm .....	125
3. Konsequenzen für Art. 15 GG .....	127
E. Zusammenfassung .....	128

*Teil 3*

**Voraussetzungen und Grenzen der Vergesellschaftung** 130

A. Die Gegenstände der Sozialisierung .....	131
I. Produktionsmittel .....	131
1. Der unergiebige Wortlaut .....	133
2. Die Bedeutung des Produktionsmittelbegriffs im sozialistischen Sinne .....	134
3. Der Begriff der Volkswirtschaftslehre .....	135
4. Abkehr von Art. 156 WRV .....	137
5. Schlussfolgerungen .....	138
a) Reichweite des Begriffs .....	138
b) Reformbedarf .....	140
II. Naturschätze .....	143
III. Grund und Boden .....	145
1. Reichweite des Begriffs .....	145
2. Teleologische Reduktion? .....	146
IV. Fazit .....	148
B. „Sozialisierungsreife“ als ungeschriebene Voraussetzung? .....	149
I. Begründungsansätze .....	150
II. Wortlaut und Entstehungsgeschichte .....	150
III. Funktion des Sozialisierungsartikels .....	152
IV. Fazit .....	153
C. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	154
I. Anwendbarkeit auf Art. 15 GG .....	154
1. Eigentumseingriffe und Verhältnismäßigkeit .....	156
2. Vergesellschaftung und Verhältnismäßigkeit .....	156
a) Legitimer Zweck .....	157
b) Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	157
c) Angemessenheit .....	159
3. Dispens des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes? .....	160

II.	Modifizierte Verhältnismäßigkeitssprüfung .....	161
1.	Grundsätze .....	162
2.	a) Auflösung der praktischen Hürden hinsichtlich der Zweck-Mittel-Relation .....	162
3.	b) Angemessenheit und Wesensgehalt .....	163
4.	c) Zwischenfazit .....	166
2.	Betroffene Grundrechte .....	166
3.	a) Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG .....	166
4.	b) Art. 12 Abs. 1 GG .....	169
5.	c) Art. 9 Abs. 1 GG .....	170
6.	d) Art. 3 Abs. 1 GG .....	171
D.	Die Entschädigungspflicht, Art. 15 Satz 2 GG .....	173
I.	Die „entsprechende“ Anwendbarkeit des Art. 14 Abs. 3 Satz 3 GG .....	174
1.	1. Bloße Billigkeitsentschädigung? .....	175
2.	2. Entschädigung zum Verkehrswert als Regelfall? .....	177
3.	3. Interessenabwägung bei systematischer Betrachtung .....	178
4.	a) Zweck der Enteignungsentschädigung .....	178
5.	b) Zweck der Sozialisierungsentschädigung .....	180
II.	Berechnungskriterien .....	183
1.	1. Die Wesensgehaltsgarantie als Untergrenze .....	183
2.	a) Notwendiger erster Schritt: Verkehrswertermittlung .....	183
3.	b) Zweiter Schritt: Einschränkung aufgrund der Funktion des Sozialisierungartikels .....	186
4.	c) Zwischenergebnis .....	188
5.	2. Differenzierung nach der Sozialisierungszielform .....	189
6.	3. Privater oder unternehmerischer Gebrauch .....	190
7.	4. Berücksichtigung eigener (Nicht-)Leistung .....	192
III.	Zusammenfassung .....	193
E.	Sozialisierung durch Gesetz .....	194
I.	1. Das Erfordernis eines formalen Gesetzes .....	194
2.	1. Gesetzgebungskompetenz .....	194
3.	2. Gesetzgebungsverfahren .....	196
4.	a) Allgemeine Anforderungen .....	196
5.	b) Sozialisierung auf dem Weg der Volksgesetzgebung? .....	196
II.	II. Bestimmtheitsgebot .....	198
III.	III. Verbot des Einzelfallgesetzes? .....	199
IV.	IV. Anwendbarkeit des Zitiergebots? .....	200
F.	Vereinbarkeit von Vergesellschaftungen mit europäischem Unionsrecht .....	201

*Teil 4*

<b>Die Zielformen der Vergesellschaftung</b>	203
A. Verfassungsrechtliche Anforderungen .....	203
I. Die Gemeinwirtschaft als Oberbegriff.....	203
II. Negative Abgrenzung.....	205
1. Verstaatlichung im erwerbswirtschaftlichen Sinne .....	205
2. Betriebliche Mitbestimmung .....	207
3. Planwirtschaftliche Modelle .....	208
III. Positive Begriffsmerkmale der Gemeinwirtschaft .....	209
1. Materielle Anforderungen .....	209
a) Abkehr von der privatnützigen Bewirtschaftung .....	210
b) Unmittelbare Bedarfsdeckung als Leitmotiv .....	211
c) Zulässigkeit der Gewinnerzielung als Nebenfolge .....	214
2. Institutionelle Anforderungen .....	215
a) Notwendigkeit der „gemeinsamen“ Bewirtschaftung .....	215
b) Kollektive Verfügungsgewalt in repräsentativer Form .....	217
c) Definition der Gemeinschaft durch den Gesetzgeber .....	221
d) Sicherung des gemeinwirtschaftlichen Zwecks.....	222
IV. Zwischenfazit .....	224
B. Definitionsansätze .....	225
I. Das Gemeineigentum .....	225
II. Andere Formen der Gemeinwirtschaft.....	227
C. Praktische Ausgestaltungsmöglichkeiten .....	229
D. Verbleibende praktische Hürden .....	231

*Teil 5*

<b>Zur Vereinbarkeit des Berliner Vergesellschaftungsvorhabens mit Art. 15 GG</b>	234
A. Der Inhalt des Vergesellschaftungsgesetzesentwurfs .....	235
I. Anwendungsbereich und Sozialisierungsgegenstand .....	235
II. Zielform der Vergesellschaftung .....	237
III. Entschädigungsregelung .....	237
B. Formelle Verfassungsmäßigkeit .....	239
I. Gesetzgebungskompetenz des Landes Berlin .....	239
II. Gesetzgebungsverfahren .....	241
C. Materielle Vereinbarkeit mit Art. 15 GG .....	242
I. Anwendbarkeit von Art. 15 GG durch den Berliner Gesetzgeber .....	242
1. Historische Betrachtung .....	244
2. Vergesellschaftung gemäß Art. 23 Abs. 2 VvB? .....	245

3. Weitergehender Grundrechtsschutz durch die VvB? . . . . .	245
II. Sozialisierungsfähiger Gegenstand . . . . .	247
1. Wohnungsunternehmen als Produktionsmittel? . . . . .	247
2. Grund und Boden . . . . .	248
III. Vergesellschaftungsreife . . . . .	249
IV. Verhältnismäßigkeit . . . . .	250
1. Relevanter Maßstab . . . . .	250
2. Keine Vollsozialisierung . . . . .	252
3. Keine evidente Ungeeignetheit der Gemeinwirtschaft . . . . .	252
4. Keine Unzumutbarkeit im Einzelfall . . . . .	253
a) Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG . . . . .	253
b) Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	254
5. Insbesondere: Keine verfassungswidrige Ungleichbehandlung . . . . .	255
a) Grenzziehung bei 3.000 Wohnungen . . . . .	255
b) Ausnahme für Unternehmen ohne Gewinnerzielungsabsicht . . . . .	257
6. Zwischenergebnis . . . . .	258
V. Entschädigung . . . . .	259
1. Art der Entschädigung . . . . .	259
2. Ausmaß der Entschädigung . . . . .	259
VI. Überführung in Gemeinwirtschaft . . . . .	261
1. Institutionelle Anforderungen . . . . .	261
2. Materielle Anforderungen . . . . .	263
VII. Fazit . . . . .	263
 <i>Teil 6</i>	
<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	265
 <b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	269
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	287